

Berlin, 12. August: Der progressive, digitalpolitische Verein D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt kritisiert die Pläne von Bundesinnenministerin Faeser, biometrische Gesichtserkennung für Fahndungen im Internet zuzulassen, scharf.

Erik Tuchtfeld, Co-Vorsitzender von D64, ordnet das Vorhaben wie folgt ein:

Das Bundesinnenministerium plant den Einsatz von biometrischer Gesichtserkennung im gesamten öffentlichen Internet. Faktisch führt das zur Totalüberwachung des öffentlichen Raums. Jedes auf Social Media veröffentlichte Urlaubsfoto wird auf Zufallstreffer im Hintergrund ausgewertet, die Handys der Bürger:innen in Zukunft also immer auch als Überwachungskameras des Staates verwendet. Dieses Ausmaß an Überwachung ist mit einer liberalen Gesellschaft unvereinbar.

Fotos und weitere Materialien

- [Die Stellungnahme auf unserer Website.](#)
- [Pressefoto Erik Tuchtfeld.](#) Für die Fotos gilt die Lizenz CC BY-SA 3.0 und eine Namensnennung des Fotografen: „D64/Johann Lensing & Henning Tillmann“.

Pressekontakt

Ulrich Berger, Geschäftsführer

presse@d-64.org

030-57714256